



II - 4648 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
 FÜR FAMILIE, JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**

GZ. 70 0502/22-Pr.2/86

Wien, 25. Juli 1986

An den
 Herrn Präsidenten
 des Nationalrates
 Parlament
 1017 W i e n

2104 IAB
1986 -07- 28
zu 2116/J

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Kfm. Dr. Stummvoll und Kollegen vom 28. Mai 1986, Nr. 2116/J, betreffend Entschließung des Nationalrates zur Petition (Nr. 3) "Geborene für Ungeborene", beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu a)

1. Medienkoffer Sexualerziehung

Schon lange bevor der parlamentarische Familienausschuß zur übereinstimmenden Auffassung gelangte, daß der Themenbereich Sexualität und Partnerschaft im Rahmen des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips Sexualerziehung unter Einbeziehung der Eltern an den Schulen verstärkt behandelt werden soll, wurden im Familienministerium bereits Schritte zur Unterstützung der Lehrer bei der Umsetzung dieses Auftrages gesetzt. Im Rahmen der bereits 1984 eingerichteten "Interministeriellen Arbeitsgemeinschaft Sexualerziehung, Familienplanung und Schwangerenbetreuung" wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport an der Entwicklung eines "Medienkoffers" gearbeitet, der in Kürze ausgeliefert wird.

Dadurch soll einerseits in Form einer "Vor-Eltern-Erziehung" ein partnerschaftliches Familienleitbild vermittelt und andererseits für eine entsprechende verantwortungsbewußte Aufklärung, Familienplanung und Empfängnisverhütung gesorgt werden.

- 2 -

Der "Medienkoffer Sexualerziehung" wird nicht nur eine wertvolle Hilfe für den Lehrer bei der Umsetzung des Unterrichtsprinzips Sexualerziehung an Hauptschulen, Polytechnischen Lehrgängen, Berufsschulen sowie AHS darstellen, sondern er wird darüberhinaus auch zum Einsatz in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugenderziehung sowie in den Jugendorganisationen und Jugendzentren geeignet sein.

2. Aufbau von Referentendiensten

Für Lehrer, die trotz der angebotenen Hilfen aus persönlichen Gründen die Thematik im Unterricht nicht selbst behandeln wollen, wird zusätzlich ein Referentendienst aus dem Kreise der Ärzte, Psychologen und Familienberater in jedem Bundesland aufgebaut, der nach Wunsch und Ermessen der Schule in Anspruch genommen werden kann.

3. Familien- und Partnerberatungsstellen

Mit dem dynamischen Ausbau der Familien- und Partnerberatungsstellen in ganz Österreich wird der Bedeutung der Aufklärung ebenfalls Rechnung getragen. Heute stehen bereits über 200 Beratungsstellen zur Verfügung, die vom Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz mit einem jährlichen Gesamtaufwand von 30 Millionen Schilling gefördert werden. 150.000 Menschen kommen jährlich bei rechtlichen, sozialen und psychischen Schwierigkeiten in die Beratungsstellen.

Schwangerschaftsabbrüche machen jedoch nur mehr 4,5 % aller Beratungsfälle aus.

Diese Tendenz drückt sich auch in der Zahl der in Wiener Kliniken durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche aus: Waren es 1975 noch 8.314, 1984 nur mehr 3.684.

- 3 -

4. Information über Empfängnisverhütung

Von der über das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz kostenlos erhältlichen Aufklärungsbroschüre "Glückliche Paare - Wunschkinder" wurden bereits über 1 Million Exemplare über Anforderung zur Verfügung gestellt. Darüberhinaus wird die Broschüre in einer Verteileraktion des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz an Wehr- und Zivildiener, Hebammen, Ärzte und Apotheken als neue Zielgruppen herangebracht.

5. Jugendinfo "Jugend 85"

Die Nummer 1 der Jugendzeitschrift des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz hat sich dem Thema "Partnerschaft - Liebe mit Verantwortung" gewidmet. 50.000 Exemplare wurden in Schulen und Jugendtreffs an Jugendliche verteilt.

6. Mobile Jugendinformation

Auch von der mobilen Jugendinformation, die Jugendliche bei der Selbstorganisation und beim Aufbau von "Selbsthilfegruppen" beisteht, wird ein pädagogischer Impuls für eine problemorientierte Sexualerziehung ausgehen.

Zu b)

1. Einrichtung eines neuen Ausbildungszentrums für Ehe-, Familien- und Sexualberater

Durch die "Vereinigung zur Förderung einer qualitativen Jugend-, Familien-, Partner- und Sexualberatung" mit einer dreijährigen Ausbildung zum systemischen Partnerschaft-, Familien- und Sexualberater.

- 4 -

2. Schulorientierte Lehrerfort- und Elternbildung

Flankierend zu dem vom Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz organisierten Ausbildungszentrum wird in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, z. B. dem Institut für Ehe und Familie, an neuen Strategien und Formen zur Lehreraus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Sexualerziehung gearbeitet.

3. Vorbereitung einer Enquete "Modelle und Schwerpunkte in der Familien- und Partnerberatung"

Bei der im September 1986 stattfindenden Enquete zur Verbesserung der Familien- und Partnerberatung werden insbesondere auch Fragen der verbesserten Ausbildung diskutiert werden.

Darüberhinaus wird der Ausbau der Beratungsangebote der einzelnen Beratungsstellen im Mittelpunkt stehen wie z. B. Angebote zur Vorbereitung auf ein partnerschaftliches Familienleben, die neben rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen des Familienlebens, der Kindererziehung, Kommunikation und Konfliktlösung auch Fragen der Sexualität und Familienplanung umfassen.

Zu c)

1. Bessere Versorgung der Bundesländer mit Ambulatorien

Die Prüfung von Möglichkeiten, durch welche einer Geschäftemacherei bei der Vermittlung von Einrichtungen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, Einhalt geboten werden kann, hat ergeben, daß über legistische Maßnahmen diesem Problem nicht beigekommen werden kann. Vielmehr wird es darum gehen, die Versorgung der einzelnen Bundesländer mit Ambulatorien, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zu verbessern, um der Vermittlung von privaten Einrichtungen, den Boden zur Geschäftemacherei zu entziehen.

- 5 -

2. Ausbau des Serviceangebots bezüglich Beratung und gynäkologischer Betreuung

Als ein Ergebnis der Frauenregierungsklausur sollen Verhandlungen mit allen zuständigen Stellen aufgenommen werden, um das medizinische Serviceangebot bezüglich Beratung und gynäkologischer Betreuung in allen mit der Fortpflanzung in Zusammenhang stehenden Fragen in ganz Österreich auszubauen und zu verbessern.

J. Rönnig-Kornath